



Große Kreisstadt Backnang

Sitzungsvorlage

N r . 007/26/GR

Federführendes Amt	Wirtschaftsförderung / Oberbürgermeister		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Vorberatung	Verwaltungs- und Finanzausschuss	22.01.2026	nicht öffentlich
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	29.01.2026	öffentlich

Rücknahme Klage gegen die Schließung der Notfallpraxis sowie Sachstandsbericht Gesundheitsversorgung

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt, die laufende Klage mangels Erfolgsaussichten gegen die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) zurückzunehmen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, trotz Rücknahme der Klage weiter mit der KVBW im Austausch zu bleiben und darauf hinzuwirken, dass diese ihrem Versorgungsauftrag nachkommt – gerade auch in den Randzeiten.

Finanzielle Auswirkungen des Vorhabens auf den Haushalt:		☐ ja	☐ nein
Produktsachkonto:			
Für Vergaben zur Verfügung:			€
inklusive vorstehender Vergabe erforderliche Mittel:			€
über-/außerplanmäßig erforderliche Mittel:			€
Deckungsmittel (PSK):			€
Deckungsmittel (PSK):			€
Deckungsmittel (PSK):			€
Zusätzliche Folgekosten (Jahr):			€

Detaillierte Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Begründung

Amtsleiter:	Sichtvermerke:		
Datum/Unterschrift	I	II	DezI
	Kurzzeichen Datum		

Begründung:

Die Schließung der KV-Notfallpraxis in Backnang zum 30. Juni 2025 war ein großer Einschnitt in der ambulanten medizinischen Versorgung. Die Befürchtungen waren groß, dass durch diesen Schritt die medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger vor allem in den Randzeiten nicht mehr gewährleistet werden kann.

Für viele Menschen ohne eigenen PKW im Mittelbereich Backnang, insbesondere im ländlichen Raum, ist das Klinikum in Winnenden nur schwer oder in einer unzumutbaren Zeitspanne zu erreichen. Außerdem bestand die Befürchtung, dass die Notaufnahme der Rems-Murr-Kliniken noch stärker belastet würde. Diese Befürchtungen sind auch teilweise eingetreten, lassen sich aber kausal nur schwer nachweisen. Mehrere Vertreter des Landkreises um den Ersten Landesbeamten Dr. Peter Zaar werden in der Sitzung u.a. zu den Auswirkungen auf die Kliniken berichten und einen entsprechenden Ausblick geben.

Die Notfallpraxis war außerdem eine Maßnahme, um die Schließung des Krankenhauses Backnang wenigstens in den Randzeiten teilweise zu kompensieren. Um die Schließung der Notfallpraxis zu verhindern, ist die Stadt Backnang im Februar 2025 der Klage gegen die Schließung der Notfallpraxen von elf weiteren Kommunen beigetreten. Infolgedessen hat sich die Zahl der klagenden Kommunen sukzessive weiter erhöht.

2.2.1. Aktueller Sachstand im Klageverfahren

Kürzlich wurden wir darüber informiert, dass zwischenzeitlich zehn von 15 Kommunen beschlossen haben, von der Klage zurückzutreten. Dies erfolgte auf Empfehlung der beratenden Rechtsanwaltskanzlei, die inzwischen die Erfolgsaussichten als gering einschätzt, zumal inzwischen alle betroffenen Notfallpraxen landesweit von der KVBW geschlossen wurden.

2.2.2. Empfehlung der Verwaltung – Rücknahme der Klage

In der Zusammenschau aller angesprochenen Aspekte schätzt die Verwaltung das weitere Festhalten an der Klage gegenüber der KVBW nicht mehr als erfolgsversprechend ein und rät, die Klage entsprechend der Empfehlung der Rechtsanwälte und der bereits zurückgetretenen Kommunen zurückzunehmen.

Die mangelhafte Kommunikation durch die KVBW über ihre Schließungspläne sowie die durch die Umsetzung ausgelöste starke Reduzierung des Angebots in der ambulanten Notfallversorgung in der Fläche war und ist aus Sicht der Verwaltung zu kritisieren.

Der Beitritt zur Klage war daher ein wichtiges politisches Signal gegenüber der KVBW. Insbesondere in der heutigen Zeit, die vom Mangel an medizinischen Fachkräften und großen Lücken in der ambulanten Gesundheitsversorgung geprägt ist, kann ein signifikanter Abbau der ambulanten Versorgungsstrukturen nicht kritiklos hingenommen werden. Dies ist aber losgelöst von den Erfolgsaussichten einer Klage zu betrachten.

3. Finanzielle und personelle Auswirkungen sowie Folgekosten

Bei einer Klagerücknahme spart die Stadt Backnang Gerichtsgebühren und Anwaltskosten vermutlich im niedrigen vierstelligen Bereich.

